

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg



Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Heft 11

- Halle 2002 -

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Redaktion: Inga Grebe und Daniel Bohse (v. i. S. d. P.)
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Andreas Malycha

Die Hochschulpolitik der SED als ein Aspekt des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in den Jahren von 1945-1949.....5

Anjana Buckow

Die amerikanische Regierung und die Ostgrenze Deutschlands nach 1945.....39

Ulrich Pfeil

Die DDR als „Druckmittel“ in den westdeutsch-französischen Beziehungen 1966-1969?.....73

Zeitzeugen

Herbert Prieu

Impressionen politischer Haft in der DDR.....94

Hans-Dieter

Tagebuch 1959-1963.....98

Die DDR als „Druckmittel“ in den westdeutsch-französischen Beziehungen 1966-1969?

von Ulrich Pfeil

Nachdem die SED in den Jahren nach der Gründung der DDR eine „nationale“ Politik betrieben hatte, die ein Gesamtdeutschland unter sozialistischen Vorzeichen zum Ziel hatte, vollzog sich mit der Einbindung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Blöcke ein Paradigmenwechsel in der Deutschlandpolitik der SED. Seit Ende der fünfziger Jahre und mit größerer Intensität nach dem Mauerbau vom 13. August 1961 verfolgte die SED/DDR eine Politik, durch die das „andere“ Deutschland als eigen- und selbständiger zweiter deutscher Staat und als „Normalität“ in der Weltpolitik internationale Anerkennung finden sollte. Gegenüber dem Westen stand diese Politik unter der Maxime der friedlichen Koexistenz, die zum einen als eine „Form des Klassenkampfes“ und zum anderen als nichtmilitärische Auseinandersetzung mit dem „Imperialismus“ verstanden wurde.¹

Die Bundesrepublik hatte auf die ostdeutschen Ambitionen mit der Hallstein-Doktrin reagiert, die jedem Staat mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, falls dieser offizielle Beziehungen mit der DDR aufnehmen wollte. Sie erwies sich über Jahre als wirksames Mittel zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs und zur internationalen Isolierung der DDR. Das offizielle Frankreich unterstützte die Haltung Bonns und ignorierte das *Régime de Pankow* hartnäckig. Durch den Abschluß des Elysée-Vertrages 1963 hatte Paris seinem Nachbarn vielmehr weitere internationale Reputation verschafft und der DDR ihre Isolierung vor Augen geführt.²

Für die SED/DDR war Frankreich neben Italien seit den fünfziger Jahren „Schwerpunktland“ in ihrer Politik gegenüber den westlichen Staaten. Die starke kommunistische Partei als traditioneller und einflußreicher Partner und die eigenständige Außenpolitik de Gaulles innerhalb des westlichen Lagers schienen günstige Voraussetzungen für erste Erfolge in Westeuropa zu bieten. Da das offizielle Frankreich jegliche Beziehungen mit dem anderen deutschen Staat ablehnte, konzentrierte sich die DDR auf den Aufbau eines Netzes von

¹ Vgl. Peter-Christian Ludz, Maximen und Möglichkeiten der Außenpolitik der DDR in den siebziger Jahren, in: DA 4 (1971) Sonderheft, S. 3; Benno-Eide Siebs, Die Außenpolitik der DDR 1976-1989, Paderborn 1999, S. 43ff.

² Vgl. Ulrich Pfeil, Les réactions de la RDA à la création de l'OFAJ, in: Documents 52 (1997) 4, S. 72-79.

kulturellen und wirtschaftlichen Kontakten³ und versuchte auf diese Weise ihre Position für die Anknüpfung von politischen Beziehungen zu verbessern. Durch diese „Anerkennungspolitik“ sollte in Frankreich eine Massenbasis mit dem Ziel geschaffen werden, die Interessen der DDR zu vertreten, um sie als Konkurrenz zur Bundesrepublik aufzubauen. Die wichtigste Konstante in der Frankreichpolitik der SED war dabei immer, Differenzen zwischen Bonn und Paris für sich zu nutzen.⁴

Der in diesem Artikel zu behandelnden Zeitraum 1966-1969 stellt eine Übergangs- und Klärungsphase innerhalb des hier zu beschreibenden asymmetrischen Dreiecks Paris-Bonn-Ost-Berlin dar. Diese Feststellung gilt für die internationalen Rahmenbedingungen⁵ wie für die Haltung der Bundesrepublik und Frankreichs gegenüber der DDR.⁶ In beiden Ländern mehrten sich die Stimmen, die sich gegen die fortgesetzte Isolierung der DDR und ihrer Bürger aussprachen. In diesem Artikel sollen die verschiedenen Interessenlagen der drei Staaten und die Dialektik ihrer asymmetrischen Verflechtungen und Abgrenzungen analysiert werden. Dieser Ansatz verfolgt dabei das Ziel, die Bedeutung und die Rolle der DDR in den westdeutsch-französischen Beziehungen herauszuarbeiten und nach ihrem Platz in den deutsch-französischen Beziehungen zu fragen.

³ Vgl. Ulrich Pfeil, *Culture et politique en RDA 1945-1990*, in: *Documents* 54 (1999) 1, S. 25ff.; ders., *La centralisation de la politique culturelle extérieure de la RDA vis-à-vis de la France*, in: *Documents* 54 (1999) 1, S.43-49; ders., *Zentralisierung und Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik der DDR. Ein anderer Aspekt der Frankreichpolitik der DDR 1949-1973*, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Die DDR - Analysen eines aufgegeben Staates*, Berlin 2001, S. 621-642; Werner Scholz, *Rahmenbedingungen und Praxis systemübergreifender Wirtschaftsbeziehungen vor der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Frankreich (1945-1957)*, in: ders. (Hg.), *Aspekte der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen*, Leipzig 1993, S. 30-62; ders., *Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR (1958-1965)*, in: *Revue d'Allemagne* 25 (1993) 4, S. 589-599.

⁴ Vgl. Ulrich Pfeil, *Die Frankreich-Politik der DDR 1949-1969*, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Die DDR - Erinnerung an einen untergegangenen Staat*, Berlin 1999, S. 527-560; ders., *Die DDR und Frankreich 1949-1973*, in: Ulrich Pfeil (Hg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001, S. 207-236.

⁵ Vgl. Wilfried Loth, *Deutschland im Kalten Krieg. Strategien und Entscheidungen*, in: *APuZ* B 39-40/1999, S. 3-11.

⁶ Vgl. Heinrich Potthoff, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999, S. 55ff.

I. Von der „Politik der Umgebung“ zur „Politik der Einbeziehung“

Das Jahr 1966 bedeutete eine Veränderung der Grundkoordinaten in den deutsch-deutschen Beziehungen und demzufolge auch in dem asymmetrischen Dreieck Frankreich - Bundesrepublik Deutschland - DDR. Die Bundesrepublik hatte in den 60er Jahren erkennen müssen, daß sie mit ihrer starren Deutschlandpolitik in eine Sackgasse geraten war. Während die Großmächte vor dem Hintergrund des „Gleichgewichts des Schreckens“ mehr nach Détente und Entspannung strebten, bestanden die Bundesregierungen unter Adenauer und Erhard konsequent auf dem Alleinvertretungsanspruch und wandten sich gegen jegliche Anerkennung des Status quo in Europa. Im Gegensatz dazu verlor die deutsche Frage bei den westlichen Verbündeten mehr und mehr an Bedeutung. Zwar unterstützten sie weiterhin die westdeutsche Forderung nach Wiedervereinigung, doch hielten sie die Verwirklichung dieses Ziels nur in einem langwierigen, durch Entspannung zwischen den Blöcken geprägten Prozeß für möglich. Indem sich die Bundesregierung den Grundströmungen der internationalen Politik widersetzte, drohte sie in die Isolierung zu geraten.⁷

Diese Erkenntnis war der maßgebliche Anlass für die von Egon Bahr entwickelte und im Juni 1963 in Tutzing verkündete SPD-Konzeption „Wandel durch Annäherung“. Durch seine Erfahrungen als rechte Hand von Willy Brandt in dessen Zeit als Regierender Bürgermeister von West-Berlin war Bahr zu dem Schluss gekommen, daß die Bundesrepublik erst wieder deutschlandpolitische Handlungsspielräume erwerben könne, wenn sie den Status quo und die Realitäten akzeptiere, um sie auf diese Weise zu verändern. In seiner Rede auf dem Dortmunder Parteitag der SPD im März 1966 sagte Brandt unter Weiterführung der Bahrschen Konzeption, daß es um „ein qualifiziertes, geregeltes und zeitlich begrenztes Nebeneinander der beiden Gebiete“ gehe.⁸

Auch die CDU musste einsehen, daß der bisher beschrittene Weg so nicht mehr weiter gegangen werden konnte. In einer Aufzeichnung des

⁷ Vgl. Werner Link, Der lange Weg zum »geregelten Nebeneinander«. Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre, in: Christoph Kleßmann u.a. (Hg.), Deutsche Vergangenheiten - eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 98f.; Potthoff: Im Schatten der Mauer, S. 57f.

⁸ Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kan le. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 20.

Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, vom 17. Oktober 1966 heißt es:

„Unsere bisherige Deutschlandpolitik steht [...] nicht mehr mit der von den führenden westlichen Staaten verfolgten allgemeinen Ostpolitik im Einklang. Kein westlicher Staat ist bereit, einen Druck auf die Sowjetunion im Sinne der Erfüllung der deutschen Wiedervereinigungsforderung auszuüben. Bestimmte Entspannungsprojekte erscheinen dem Westen wichtiger als etwa die konsequente Unterstützung der Nichtanerkennungspolitik. Diese Feststellung ist mit der anderen These der amerikanischen Außenpolitik, daß nämlich die Sicherheit Europas und der freien Welt unter allen Umständen gewährleistet bleiben muss, vereinbar.“⁹

Carstens fand mit seinen Feststellungen die Zustimmung im Kabinett Erhard. Auch hier konnte man sich der Einsicht nicht verschließen, daß die DDR mittlerweile Realität geworden war. Ihre internationale Anerkennung ließ sich langfristig nicht mehr aufhalten, kurzfristig konnte es nur noch darum gehen, den Zeitpunkt so weit wie möglich herauszuschieben.¹⁰

Nach der Bildung der Großen Koalition und der Übernahme des Außenministeriums durch Willy Brandt wurde Carstens' Denkschrift weitergeleitet. Link schreibt zusammenfassend:

„Das neue deutschlandpolitische Konzept anvisiert eine ‚zeitlich begrenzte‘ Regelung des Nebeneinanders, einen Modus vivendi als Etappenziel, um die ‚weiteren positiven Lösungen‘ überhaupt erst zu ermöglichen. Das zeitlich befristete, qualifizierte Nebeneinander der beiden ‚Gebiete‘ war nicht Endzweck, sondern ein Zwischenstadium.“¹¹

Die Außen- und Deutschlandpolitik der neuen Bundesregierung unter Kurt-Georg Kiesinger wies im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen eine deutliche Verschiebung in den Prioritäten auf. Gegenüber der Sowjetunion war größere Verständigungsbereitschaft erkennbar und das Angebot zu Gewaltverzichtserklärungen und zu guter und friedlicher Nachbarschaft wandte sich ausdrücklich an die osteuropäischen Staaten. Gegenüber den fruchtlosen Wiedervereinigungsreden der

⁹ Note du secrétaire d'Etat Karl Carstens du 17.10.1966, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), 1966II, Nr. 333, S. 1380.

¹⁰ Vgl. Gregor Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 85.

¹¹ Werner Link, Westbindung und Ostverbindungen - Die außenpolitische Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland, in: Peter März (Hg.), 40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz, München 1999, S. 100.

Vorgängerregierungen machte die neue CDU/SPD-Bundesregierung erste Schritte auf dem Weg zur konkreten Politik praktischer Verbesserungen. Kiesinger vermied bereits in seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 den Begriff „Sowjetzone“ wie den Terminus „Alleinvertretungsanspruch“, den er zwar nicht aufgab, ihn jedoch dadurch abschwächte, daß er den Bevormundungscharakter gegenüber der DDR nicht mehr aufrecht erhielt. Es war so die erste Bundesregierung, die Ost-Berlin nun nicht mehr schlechthin ignorierte, sondern zum Bestandteil dieser „Politik der Einbeziehung“ machte.¹² Indem Kiesinger von dem „Phänomen“ DDR sprach, machte er deutlich, daß er weiterhin nicht bereit war, die DDR als Staat anzuerkennen; er weigerte sich aber nicht mehr wie seine Vorgänger gegen Behördenkontakte, wollte dabei protokollarisch von unten nach oben klettern, um eine De-jure-Anerkennung zu verhindern. „Die Konstruktion lautete, man könne davon ausgehen, daß die Sowjetunion ihnen [der DDR-Regierung; U.P.] Befugnisse übertragen habe, aufgrund derer man ihnen eine beschränkte, bis zur Wiedervereinigung befristete Geschäftsfähigkeit zubillige“, schreibt Werner Link.¹³ Durch die Intensivierung der menschlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sollte das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt werden, um eine gesamtdeutsche Substanz für eine spätere, zur Zeit nicht erreichbare Wiedervereinigung zu erhalten. „Es war und blieb eine Gratwanderung zwischen dem notwendigen Maß, den real existierenden zweiten deutschen Staat so weit anzuerkennen, daß Vereinbarungen mit ihm möglich wurden, und der aus Verfassung und Grundwerten erwachsenden Vorgabe, ihm die völlige gleichrangige Reputation und finale Staatsexistenz zu verwehren“, schreibt Heinrich Potthoff und steckt damit die Wegmarken ab, die für die bundesdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik in den nächsten Jahren gelten sollte.¹⁴

Diese Wandlung in der Ost- und Deutschlandpolitik fand gerade bei den westlichen Verbündeten eine positive Resonanz.¹⁵ Während die

¹² Vgl. Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Berlin 1997, S. 133s.; Schöllgen: Außenpolitik, S. 87f.

¹³ Werner Link, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Erhard und der Großen Koalition, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1722.

¹⁴ Potthoff: Im Schatten der Mauer, S. 58.

¹⁵ Vgl. Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn 1997², S. 230.

Bundesregierung Erhard wiederholt eine entspannungspolitische Bremserrolle eingenommen hatte, bot die Initiative von Kiesinger die Möglichkeit, die Problematik der deutschen Frage aus den Spannungsbemühungen der Großmächte herauszuhalten, für die sie zuvor vielfach ein unumstößliches Hindernis war. Die Westmächte waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bereit gewesen, sich den überholten deutschlandpolitischen Vorstellungen der Regierung Erhard zu unterwerfen, sondern erwarteten eine Anpassung der westdeutschen Seite. Nachdem Erhard die Bundesrepublik mit seiner Deutschlandpolitik an den Rand der Isolierung gebracht hatte, schwenkte Kiesinger auf die westliche Détente-Tendenz konzeptionell ein.¹⁶ In Paris riefen besonders Kiesingers Bemühungen Erleichterung hervor, die menschlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu intensivieren. Diese Politik entsprach ganz den Vorstellungen de Gaulles, der den jeweiligen Bundesregierungen seit 1959 geraten hatte, die innerdeutschen Kontakte unterhalb der Schwelle der völkerrechtlichen Anerkennung auszubauen, nachdem alle Bemühungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit bis dahin gescheitert waren.¹⁷

Die positiven Reaktionen aus Paris auf den *nouveau départ* in den deutsch-deutschen Beziehungen gingen auch nicht zuletzt auf das Bemühen von Bundesaußenminister Willy Brandt zurück, die Kontakte zum französischen Staatspräsidenten zu verbessern. Hierbei war nicht unerheblich, daß beide während des Zweiten Weltkrieges das Schicksal des Exils und des Widerstandes geteilt hatten. So erschien es Brandt nicht angemessen, im General den einzig Schuldigen für die Probleme zwischen den westlichen Staaten zu sehen. Er sprach sich bei ihrem ersten Gespräch nach der Bildung der Großen Koalition für eine Wiederbelebung des Elysée-Vertrages und den Ausbau der wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen aus. Ihre politischen Ziele überschneiden sich bei der Suche nach einem *modus vivendi* mit den Staaten Osteuropas, nach einer Lösung der Oder-Neiße-Frage und der Anerkennung der DDR. Der SPD-Vorsitzende erwartete dabei vom französischen Staatsoberhaupt, daß er sich in Afrika für die Bundesrepublik verwende, um die befürchtete Anerkennungswelle für die DDR aus dieser Region zu verhindern. Eine solche Aufwertung des

¹⁶ Vgl. Link: Deutschlandpolitik, S. 1737.

¹⁷ Jürgen Schwarz, Die Deutschlandfrage in der französischen Politik, in: DA 2 (1969) 12, S. 1250; Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, S. 120.

ostdeutschen Staates hätte die zaghaften Veränderungen in der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik sofort in Frage gestellt und ihre Kritiker gestärkt. De Gaulle - das hatte seine Moskareise im Juni 1966 gezeigt - setzte weiterhin auf privilegierte Beziehungen mit der Bundesrepublik und hatte das Vorhaben noch nicht aus den Augen verloren, ein starkes Westeuropa aufzubauen, das ein neues Schwergewicht in den internationalen Beziehungen bilden sollte, um damit der Entspannung zwischen Ost und West zu dienen.¹⁸ Durch die permanente Krise in den westdeutsch-französischen Beziehungen zwischen 1964 und 1966 war dieser Aspekt weitgehend aus den Augen verloren worden. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit hatte vielmehr wiederholt vermutet, der französische Präsident könnte im Rahmen seiner Ostpolitik auch die DDR anerkennen, doch dieser versicherte Brandt, daß er sich niemals zu einem solchen Schritt entscheiden würde.¹⁹

Auch die Sowjetunion reagierte in ihren ersten Stellungnahmen durchaus positiv auf die neuen deutschlandpolitischen Akzente der Bundesregierung. Ihre Medien behandelten die Regierung Kiesinger/Brandt zunächst schonend und hielten sich in ihrer antibundesrepublikanischen Propaganda deutlich zurück. Im Kreml bestand dabei die Hoffnung, die Große Koalition könnte auf den gaullistischen Kurs einschwenken und sich ebenfalls von Washington lösen.²⁰ Doch die Erwartungen der Sowjetführung wurden schnell enttäuscht. Weder war die Bundesrepublik offiziell bereit, die Hallstein-Doktrin aufzuheben und die DDR anzuerkennen, noch kamen aus Paris ermutigende Zeichen für die Sowjetunion und die DDR. Zum Jahreswechsel 1966/67 häuften sich dagegen die Anzeichen für eine neue westdeutsch-französische Annäherung nach den verschiedenen Krisen zwischen 1964 und 1966.²¹ Die französische Regierung

¹⁸ Vgl. Andreas Wilkens: *Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969-1974*, München 1990, S. 26; Jacques Bariety: *Die französisch-sowjetische Annäherung. De Gaulles Reise nach Moskau im Jahre 1966 und die „Deutsche Frage“*, in: Peter R. Weilemann/Hanns Jürgen Küsters/Günter Buchstab (Hg.): *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1999, S. 243-254.

¹⁹ Vgl. Maurice Vaïsse: *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958-1969*, Paris 1998, S. 583ff.

²⁰ Vgl. Gerhard Wettig: *Sowjetische Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zum Ende des Kalten Krieges*, in: Peter März (Hg.), *40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz*, München 1999, S. 89.

²¹ Vgl. Gilbert Ziebura: *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart 1997, S. 190.

unterstützte ostentativ die vorsichtigen Veränderungen in der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik und demonstrierte Ost-Berlin wiederholt, daß es keinen Alleingang Frankreichs in der Anerkennungsfrage zu erwarten habe. Premierminister Georges Pompidou führte in einem Interview am 20. Januar 1967 aus, daß Ostdeutschland nicht die Bedingungen eines Staates erfülle und es deshalb nicht von Paris anerkannt werde.²² Außenminister Couve de Murville bekräftigte einige Tage später die Haltung seines Premierministers. Er sprach der DDR-Regierung ihre Legitimation ab, unterstrich das gute Verhältnis zur Bundesrepublik und hob hervor, daß insbesondere die westdeutsch-französischen Übereinstimmungen in der Ostpolitik den deutsch-französischen Vertrag wiederbelebt hätten.²³

Im *Neuen Deutschland* vom 26. Januar 1967 wurde in bezug auf die Aussagen von Couve de Murville von vorgeschobenen Gründen und französischer Inkonsequenz in seiner Haltung gegenüber der DDR gesprochen. Frankreich habe die anderen sozialistischen Staaten wie die CSSR und Polen anerkannt, bei der DDR jedoch eine Ausnahme gemacht. Weiterhin beklagte sich Ost-Berlin, daß die französische Regierung zu Konzessionen gegenüber der Bundesrepublik bereit sei, obwohl diese nur mit Undankbarkeit antworte. Schließlich bemühte sich die SED aber um einen versöhnlicheren Abschluß und rief Paris auf, zu dem bisher gezeigten Realitätssinn zurückzukehren.²⁴ Auf französischer Seite wurde diese Passage als Konzession der ostdeutschen Kommunisten gegenüber Moskau gewertet, das sich zu diesem Zeitpunkt um bessere Beziehungen zu Frankreich bemühte.²⁵

Die Interessen der Sowjetunion waren ein Grund für die Kommentierungspraxis, weiterhin versprach sich der SED-Staat aber auch eigene Positionsverbesserungen von einer unabhängigen Außenpolitik Frankreichs gegenüber den USA und den anderen NATO-Partnern. Dabei spekulierte die SED nicht mehr auf ein komplettes Ausscheren de Gaulles aus dem westlichen Block und konzentrierte sich bei ihrer Beobachtung weiter auf die Meinungsverschiedenheiten

²² AdG, 20.1.1967, S. 12944.

²³ Vgl. M. Couve de Murville explique pourquoi la France n'a pas reconnu l'Allemagne de l'Est, in: *Le Monde*, 20.1.1967; Frank Wesemann: Ulbricht erregt Anstoß in Paris. Ost-Berlin wird zum Störenfried in der Entspannungspolitik, in: *Frankfurter Rundschau*, 28.1.1967.

²⁴ L'Allemagne de l'Est déplore l'«inconséquence» de la politique française à son égard, in: *Le Monde*, 28.1.1967.

²⁵ Vgl. Lettre du Gouvernement militaire français à Berlin au MAE du 31.1.1967; MAE, EU, RDA 61-70, 188.

zwischen Frankreich und der Bundesrepublik um die „Hegemonie-Rolle in Westeuropa“. So erklärt sich die „angezogene Handbremse“ in der oben formulierten Kritik an der Haltung der französischen Regierung zur DDR. Die SED hoffte weiter darauf, daß Paris Bonn dazu drängen könnte, die DDR de facto anzuerkennen. Für den Fall „eines offen gegen Frankreich gerichteten Bündnisses Bonn - Washington“ schloß die DDR-Führung auch nicht aus, daß die französische Regierung sich zur Normalisierung der Beziehungen zur DDR entschließen könnte.²⁶

II. *Neuerliche Abgrenzung im Osten*

Diese Vorstellungen wurden jedoch schnell zur Illusion. Die in Bewegung geratenen westdeutsch-französischen Beziehungen wie die neuen Anstöße in der deutschen Frage drängten die DDR in die Defensive. Während die Hallstein-Doktrin für die SED-Führung bis dahin die Garantie dafür war, daß sich die DDR nicht mit dem westdeutschen Konkurrenten im östlichen Lager auseinander setzen mußte, veränderte die „Politik der Einbeziehung“ der Regierung Kiesinger/Brandt die Situation. Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik und die Hoffnung auf den Ausbau der ökonomischen Beziehungen ließen die Regierungen in verschiedenen osteuropäischen Hauptstädten die „brüderliche Solidarität“ mit der DDR vergessen. Prag, Bukarest, Belgrad, Budapest und Sofia nahmen die westdeutsch-französische Wiederannäherung durchweg positiv auf und hofften, daß der Einfluß von de Gaulle in Moskau den Kreml bewegen könnte, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den kommunistischen Staaten Osteuropas und der Bundesrepublik zuzustimmen.²⁷ Am 28. Januar 1967 demonstrierte die Sowjetunion in einer Note jedoch („Unverrückbarkeit der Grenzen und Unantastbarkeit des sozialistischen Staates“), daß sie zu größerer Flexibilität in deutschlandpolitischen Fragen nicht bereit war und fiel in ihre starre Haltung zurück.²⁸ Die sowjetische Führung hatte dem SED-Regime damit die Garantie

²⁶ Vgl. Hauptprobleme der Entwicklung der Außenpolitik und Außenwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Prognosezeitraum vom 23.2.1967; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) DY 30/J IV 2/202/407.

²⁷ Vgl. Ulbricht jetzt an zwei Fronten. Die deutsch-französische Zusammenarbeit stört sein Konzept, in: Saarbrücker Landeszeitung, 28.1.1967.

²⁸ Vgl. Link: Deutschlandpolitik, S. 1720f.

gegeben, es gegen die Bonner Doppelstrategie - aktive Ostpolitik bei gleichzeitiger Nichtanerkennung der DDR - zu unterstützen.

Trotz dieser Erklärung wuchs das Mißtrauen der SED weiter, als die Bundesrepublik und Rumänien am 31. Januar 1967 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen und sich Ungarn und Bulgarien bereit erklärten, dem rumänischen Beispiel zu folgen. Die ostdeutschen Kommunisten sahen sich zum Handeln veranlaßt, damit der Schritt der rumänischen Regierung nicht zu einem Präzedenzfall für andere Staaten wird. Bei einem Treffen der Außenminister des Warschauer Pakts in der polnischen Hauptstadt (8.-10. Februar 1967) beschlossen die Teilnehmer die sogenannte *Ulbricht-Doktrin* als Gegenstück zur bundesdeutschen *Hallstein-Doktrin*. Sie sah vor, „daß der betreffende sozialistische Staat bei der Aufnahme normaler Beziehungen mit Westdeutschland davon ausgeht, daß die bestehenden Grenzen endgültig sind und anerkannt werden müssen, zwei souveräne deutsche Staaten bestehen, die DDR ein befreundeter, verbündeter Staat ist und daß die Jurisdiktion der westdeutschen Bundesrepublik ausschließlich für deren Territorium gilt, keineswegs aber für die selbständige politische Einheit West-Berlin.“²⁹ Bestätigt wurde diese *Politik des Alles oder Nichts* bei der Konferenz kommunistischer Parteien Europas in Karlsbad im April 1967.

Die neuerliche Abgrenzung auf östlicher Seite weist darauf hin, daß weder die Bundesrepublik noch die DDR in der Lage waren, den entscheidenden Schritt bei einer Lösung der deutschen Frage zu unternehmen, so daß die Positionen weiterhin unvereinbar blieben. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik befürwortete weiterhin die Nichtanerkennung der DDR und war ein entscheidender Grund für die Tatsache, daß die Regierung Kiesinger/Brandt die Öffnung nach Osten nicht mutiger vorantrieb und die DDR als Realität anerkannte. Sie war nicht bereit, Zugeständnisse wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze zu akzeptieren³⁰ und befand sich damit im Einklang mit der Mehrheit der Westdeutschen.³¹ Die SED verstand jede Lockerung der Allianzen als Bedrohung für die Existenz der DDR und für ihre eigene Machtposition. Indem Bonn die DDR nicht in die

²⁹ Jochen Staadt, *Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation*, Berlin 1993, S. 231f.

³⁰ Vgl. Klaus Hildebrand, ‚Atlantiker‘ versus ‚Gaullisten‘. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der sechziger Jahre, in: *Revue d'Allemagne* 22 (1990) 4, S. 589.

³¹ Vgl. Manuela Glaab: *Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung*, Opladen 1999, S. 238ff.

Gewaltverzichtsangebote einbezog und Paris sie in seiner Ostpolitik durchweg ignorierte, wurden die ostdeutschen Kommunisten immer wieder darauf gestoßen, daß die DDR von außen betrachtet nur als „Kunstprodukt des Kalten Krieges“³² angesehen wurde. Ihr fortwährendes Legitimationsdefizit und ihre im Vergleich zu den anderen Volksdemokratien noch ungeklärte nationalstaatliche Identität führten dazu, daß die SED sich wieder enger an Moskau band, um von ihrer Hegemonialmacht die notwendigen Garantien für ihren Bestand zu erhalten.

Nachdem die ersten Wochen der Großen Koalition vor allem in den westlichen Hauptstädten die Hoffnung geweckt hatten, daß das flexiblere Vorgehen Bonns und die Anpassung an die Tendenzen der internationalen Entwicklung eine Entspannung der deutschen Frage bewirke, war das Ergebnis eine Verhärtung der Fronten. Die östliche Seite schnürte nun alle Bedingungen für eine neue Entspannungsrunde zu einem Paket: Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, Anerkennung West-Berlins als „selbständige politische Einheit“.³³ Gleichzeitig wurde die DDR in das Vertragsnetz der Warschauer-Pakt-Staaten weiter einbezogen und stieg zum gleichberechtigten Mitglied der östlichen Staatengemeinschaft auf. Die Integration der DDR führte dem Westen vor Augen, daß eine Übereinkunft mit dem Osten nur auf der Grundlage des Status quo möglich sein würde.

Diese Feststellung gilt gleichfalls für die Ostpolitik de Gaulles. Das Verharren der Sowjetunion auf der Status-quo-Politik führte dem aufmerksamen Beobachter die unüberbrückbare Kluft zur Lockerungspolitik des Generals gegenüber dem Ostblock vor Augen, für deren Überwindung die außenpolitischen Mittel Frankreichs nicht ausreichten.³⁴ Walter Ulbricht machte dem französischen Staatspräsidenten in seiner Erklärung vom 10. September 1967 unmißverständlich klar, daß neue Bewegung bei der Überwindung der Blöcke nur über die Anerkennung der momentanen Situation zu erreichen sei:

„Nachdem die meisten Staaten des Warschauer Vertrages jetzt mehr oder weniger normale wirtschaftliche Beziehungen auch mit der westdeutschen Bundesrepublik hergestellt haben, ist der nächste

³² Armin Mitter/Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 162.

³³ Vgl. Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 465.

³⁴ Vgl. Ziebura: Deutsch-französische Beziehungen, S. 190.

unumgängliche Schritt auf dem Wege der europäischen Entspannung, daß Frankreich, Großbritannien, Italien, die anderen NATO-Staaten und vor allem die neutralen Staaten wie Schweden und andere nun ihrerseits normale wirtschaftliche Beziehungen mit der DDR [...] herstellen [...]. Frankreich hat gute staatliche Beziehungen mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten, in denen die gleiche sozialistische Gesellschaftsordnung besteht, wie in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir sehen also kein sachlich begründetes Hindernis, den gegenwärtigen anormalen Zustand in den deutsch-französischen Beziehungen zu beenden.“³⁵

III. *Die DDR wird Realität*

Infolge der Stagnation in den internationalen Beziehungen kritisierte die Opposition zunehmend die Haltung der französischen Regierung gegenüber der DDR. Die DDR und ihre traditionellen Partner versuchten die Forderung nach Aufhebung der Isolierung der DDR-Bürger und den Ruf nach zwischenmenschlichen Beziehungen für ihre außenpolitischen Zielsetzungen zu nutzen. Dabei kam ihr zur Hilfe, daß die „Anerkennungsbewegung“ in Frankreich mittlerweile ein Ausmaß an Zuspruch erhalten hatte, das die französische Regierung nicht mehr ignorieren konnte. Ein wirklicher Erfolg für die DDR war dabei die Gründung von Freundschaftsgruppen Frankreich - DDR in der Nationalversammlung und im Senat im Jahre 1967. In diesen Organen besaßen die kommunistischen Politiker eine dominierende Stellung, doch war weder der PCF noch der SED sonderlich daran gelegen, diese auch nach außen durchscheinen zu lassen. So erklärt es sich, daß die Präsidenten dieser Gruppen vielfach anderen Parteien angehörten. Auf DDR-Seite hatte sich bereits am 14. Juli 1966, dem französischen Nationalfeiertag, eine Freundschaftsgruppe DDR-Frankreich in der Volkskammer gebildet, zu deren Präsident Hans Seigewasser ernannt wurde. Wenn Meyer zu Natrup schreibt, daß diese Freundschaftsgruppen auf französischer Seite „in aller erster Linie als überparteilicher Deckmantel für die Aktivitäten der kommunistischen Abgeordneten und Senatoren“ dienten, dann greift diese Erklärung zu kurz. Die Notorietät der DDR hatte mittlerweile in Frankreich ein beachtliches Maß erreicht und beschränkte sich nicht nur auf Politiker, „die sich sowieso stets für die Förderung der Beziehungen zur DDR“

³⁵ AdG, 15.9.1967, S. 13414.

einsetzen.³⁶ Der SED war es vielmehr gelungen, die wechselseitige Institutionalisierung der Beziehungen voranzutreiben und die Kontakte auf immer höherer Ebene anzusiedeln. Dabei war es gerade im gaullistischen Lager sicherlich auch der *Underdog-Reflex*³⁷, der der DDR unwillkürlich Sympathie einbrachte und sie mehr und mehr aus ihrer Isolierung herauskommen ließ.

Diese Feststellung unterstreicht die Tatsache, daß mittlerweile nicht mehr nur Politiker dritten Ranges in die DDR kamen, was die SED-Führung als besonders ermutigend empfand. Der Besuch von Raymond Schmittlein, UNR-Politiker und enger Vertrauter de Gaulles³⁸, im November 1967 bestärkte die SED in ihrer Annahme, daß der Kontakt zu französischen Regierungspolitikern bevorstand. Schmittlein berichtete über seine persönlichen Gespräche mit de Gaulle, Justizminister Louis Joxe und Außenminister Couve de Murville zu Fragen der Beziehungen Frankreich - DDR. In ihnen habe er den Eindruck gewonnen, daß de Gaulle Anstrengungen unternahme, um die Bundesrepublik zu einer De-jure-, zumindest aber zu einer De-facto-Anerkennung zu bewegen. De Gaulle solle sich von einem derartigen Schritt Fortschritte in der Wiedervereinigungspolitik und für ein europäisches Sicherheitssystem erhofft haben. Der General habe aber auch klargemacht, daß er keine spektakulären Schritte gegenüber der DDR unternehmen werde, solange die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht normalisiert seien. Mit dieser Haltung wolle er die veränderte bundesdeutsche Politik gegenüber den osteuropäischen Ländern unterstützen.³⁹ Jacques Débu-Bridel,

³⁶ Friedhelm B. Meyer zu Natrup: Die Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich, in: Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hg.): Die Westpolitik der DDR. Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren, Melle 1989, S. 59.

³⁷ Walter Schütze: Frankreich, in: Hans-Adolf Jacobsen u.a. (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, München/Wien 1980², S. 492.

³⁸ Raymond Schmittlein (1904-1974) war von Haus aus Germanist und schloß sich früh der *France libre* an. Nach 1945 stand er der *Direction de l'Education du gouvernement militaire français en Allemagne* vor und war bis 1951 verantwortlich für die kulturellen Fragen der Frankreichs in Deutschland. Er wurde anschließend gaullistischer Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung. Bereits auf der Tagung der französischen Freundschaftsgesellschaft (EFA) im November hatte er sich für die Anerkennung der DDR ausgesprochen (Deutsche Zeitung und Wirtschafts Zeitung, 28.11.1961). Diese Forderung wiederholte er anlässlich einer Veranstaltung der *Association France-URSS* im Jahre 1962 (ADN, 18.1.1962).

³⁹ Vgl. Information der Handelsvertretung der DDR in Paris über die Haltung der französischen Regierung zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR vom 16.11.1967; SAPMO-BArch, NY 4182/1315, Bl. 117-120.

Chefredakteur von *Notre République*, der offiziellen Zeitschrift der UNR, sprach sich bei seinem Besuch in Ost-Berlin im Dezember 1967 für die Aufrechterhaltung des Status quo in Europa aus und kritisierte wiederholt die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin durch die Bundesregierung. Er bezeichnete die ökonomische Entwicklung in der DDR als ein ostdeutsches Wirtschaftswunder, das dem Erhards gleiche und lobte den tiefen Pazifismus in der DDR infolge der antifaschistischen und demokratischen Erziehung.⁴⁰

Die Reisen enger Vertrauter de Gaulles und ihr offenes Bekenntnis zur Existenz der DDR sowie ihre positiven Kommentare über die Entwicklung des ostdeutschen Staats waren zum einen Ausdruck dafür, daß die französische Seite immer weniger bereit war, den Bonner Alleinvertretungsanspruch zu akzeptieren. Dies umso weniger, als die westdeutsch-französischen Beziehungen in der zweiten Hälfte 1967 in eine neue Krise schlitterten. De Gaulle hatte seine Unterstützung für die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung von der Bedingung abhängig gemacht, daß Bonn auf seine antiamerikanische Haltung einschwenkte, die u.a. im Rückzug Frankreichs aus der militärischen Struktur des Atlantikpakts zum Ausdruck kam.⁴¹ Der Tiefpunkt war erreicht, als nach der Niederschlagung des *Prager Frühlings* Kiesinger und de Gaulle heftig aneinander gerieten. Paris warf Bonn eine Abenteuerpolitik gegenüber Osteuropa vor, die für die militärische Intervention verantwortlich gewesen sei.⁴² De Gaulle und Mitglieder seiner Regierung beschuldigten die Bundesregierung in erster Linie, daß sie durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Rumänien und Jugoslawien, den schwarzen Schafen innerhalb des Ostblocks, und mit ihrer „aggressiven“ Handelspolitik eine Demonstration der Stärke durch die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten provoziert habe.⁴³ Durch die Politik der Auflockerung habe die Bundesrepublik die Sowjetunion herausgefordert, die mit einer Aktion zur Sicherung ihres Herrschaftsbereiches geantwortet habe.⁴⁴ De Gaulle äußerte gegenüber Kiesinger, daß er einen wichtigen Grund für das Vorgehen Moskaus in der Befürchtung des Kremls sah, die Sowjetunion könnte bei einem

⁴⁰ Vgl. *Notre République*, 15.12.1967.

⁴¹ Vgl. Ziebura: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 195ff.

⁴² Vgl. Vaïsse: *La grandeur*, S. 588; vgl. auch Ulrich Pfeil: *Sozialismus in den Farben Frankreichs. SED, PCF und „Prager Frühling“*, in: *Deutschland Archiv* 34 (2001) 2, S. 235-245.

⁴³ Vgl. Willy Brandt, *Erinnerungen*, Berlin 1999, S. 220.

⁴⁴ Vgl. Ziebura: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 199f.

drohenden militärischen Konflikt mit China von der Bundesrepublik im Rücken angegriffen werden.⁴⁵

Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Bonn und Paris im Anschluß an die Tragödie von Prag waren jedoch weit weniger Folge der Politik der Bundesregierung gegenüber der CSSR, die sich eher durch Vorsicht auszeichnete, um sich nicht dem Vorwurf der Einmischung und Mitverantwortung auszusetzen, wie Werner Link betont,⁴⁶ sondern vielmehr Ausdruck tiefgreifender Differenzen zwischen beiden Ländern in anderen Politikfeldern. Unterstützung findet diese These in der Tatsache, daß beide Regierungen die gleichen Konsequenzen aus den Ereignissen zogen. Für die französische Seite bedeutete der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen einen „Verkehrsunfall auf dem Wege der Détente“, wie der damalige Außenminister Michel Debr  formulierte.⁴⁷ Kiesinger wie auch Brandt sahen ebenfalls keine Alternative zur Entspannungspolitik und sprachen sich für die Herbeiführung einer europäischen Friedensordnung aus. In seinen *Erinnerungen* schreibt der SPD-Vorsitzende:

„Aber gab es denn eine vernünftige Alternative zum Kurs der Entspannung ? In Bonn sagten wir uns, über den Führungskreis meiner eigenen Partei hinaus, daß mit einem Rückfall in die Zeit der angestregten Konfrontation weder der Tschechoslowakei noch sonstwem geholfen wäre.“⁴⁸

Die Spannungen zwischen Paris und Bonn im Anschluß an die militärische Intervention in der CSSR⁴⁹ gingen in erster Linie auf französische Unsicherheiten gegenüber der Bundesrepublik zurück, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland ausgelöst wurden. Die Krise vom Mai 1968 hatte Frankreichs Position gegenüber dem Nachbarn deutlich geschwächt. Der *Franc* war ins Trudeln geraten, so daß der „Zehnerclub“ (Zusammenschluß der zehn stärksten Industriestaaten der Welt) zusammentrat und von der Großen Koalition die Aufwertung der Mark zur Stützung des internationalen Währungssystems forderte. Die Bundesregierung ihrerseits widersetzte

⁴⁵ Vgl. Knut Linsel, Charles de Gaulle und Deutschland, Sigmaringen 1998, S. 248.

⁴⁶ Vgl. Link: Deutschlandpolitik, S. 1721.

⁴⁷ Vgl. Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949-1989, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/1, Baden-Baden 1995, S. 152

⁴⁸ Brandt: Erinnerungen, S. 222.

⁴⁹ Vgl. les entretiens entre Kurt-Georg Kiesinger et Willy Brandt avec Charles de Gaulle, Maurice Couve de Murville et Michel Debr  les 27 et 28.9.1968; AAPD 1968II, Nr. 312, 314, 318, 322, S. 1200ff.

sich und trat für eine Abwertung der französischen Währung ein. Die von Schiller und Strauß geführte „knallharte Politik des nationalen Interesses“⁵⁰ verhinderte nicht nur die Sanierung des Weltwährungssystems, sie brüskierte vor allem Frankreich, wo sofort wieder schon überwunden geglaubte nationalistische Töne aufkamen. Dabei bestimmte vor allem eine Frage die Diskussion, wie lange sich Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa noch mit der Rolle des politischen Zwerges begnügen würde.⁵¹

Spätestens jetzt war für alle sichtbar geworden, daß sich das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen beiden Ländern verschoben hatte. An dieser Entwicklung konnte auch Frankreichs Status als Atommacht nichts ändern. Die Bundesrepublik wurde zur stärksten Wirtschaftsmacht in Westeuropa und entwickelte sich aus diesem Grund zum Hauptansprechpartner für Washington und Moskau. Georges-Henri Soutou kommt deshalb zur Schlußfolgerung, daß die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt den Platz einnahm, den de Gaulle immer Frankreich zgedacht hatte.⁵² So kam es, daß auch die Stimmung bei den regelmäßigen Begegnungen zwischen den führenden Politikern beider Länder zunehmend eisiger wurde.⁵³

Entsprechend der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, die neben anderen Formen des politischen Kampfes gerade auch die Ausnutzung der gegensätzlichen Interessen und Reibungen im Lager des Feindes vorsah,⁵⁴ konzentrierte die DDR ihren Blick auf das den westdeutsch-französischen Beziehungen innewohnende Konfliktpotential. Infolge der verstärkten Wahrnehmung des SED-Staates in Frankreich und der ermutigenden Aussagen französischer Politiker bei ihren Reisen durch Ostdeutschland baute Ost-Berlin darauf, daß Paris die DDR als „Droh- und Druckmittel“ gegenüber Bonn benutzen könnte.⁵⁵ Unter allen westeuropäischen Ländern schien

⁵⁰ Ziebur: Deutsch-französische Beziehungen, S. 201.

⁵¹ Vgl. Vaisse: La grandeur, S. 588f.

⁵² Vgl. Georges-Henri Soutou: L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954-1996, Paris 1996, S. 309.

⁵³ Vgl. Raymond Poidevin/Jacques Bariéty: Les relations franco-allemandes 1815-1975, Paris 1977, S. 339.

⁵⁴ Vgl. Wilhelm Bleek/Rainer Bovermann: Die Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Koalition 1969-1982, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1156.

⁵⁵ Vgl. Einschätzung der Entwicklungstendenzen der französischen Außenpolitik nach dem 21. August 1968, des Standes der Beziehungen und Konzeption für die langfristige Entwicklung der Beziehungen der DDR zu Frankreich bis zum Jahre 1975 vom 9.4.1969; SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/466.

Frankreich für den Moment die besten Voraussetzungen für Fortschritte in der Anerkennungspolitik der SED zu bieten. Sie intensivierte forthin ihre Verbindungen mit der EFA und suchte die Basis der „Anerkennungsbewegung“ zu verbreitern, um den innenpolitischen Druck auf die französische Regierung zu erhöhen.⁵⁶

Daß diese Taktik durchaus erfolgsversprechend war, legt das Beispiel der Regelung des Reiseverkehrs von der DDR in westliche Länder nahe. Das *Allied Travel Board* war von den westlichen Siegermächten für den Zweck eingerichtet worden, Visa für Reisen aus der DDR in Länder, die den zweiten deutschen Staat nicht anerkannt hatten zu erteilen.⁵⁷ Das französische Außenministerium verwies deshalb Anfragen französischer Kommunen für Einreisen ostdeutscher Städtedelegationen stets auf die alliierte Einrichtung, die zeitlich begrenzte Reisegenehmigungen für ostdeutsche Delegationen ausstellte, wenn sie keinen politischen Charakter besaßen. Diese Regelung wurde bis in die 60er Jahre sehr strikt ausgelegt, doch mit der Liberalisierung der Bestimmungen im Juni 1969 bestand für die französischen Stellen praktisch keine Möglichkeit mehr, Reisen von Städtedelegationen nach Frankreich zu verhindern. Verschiedene französische Kommunen wirkten deshalb auf das Außenministerium ein, die Möglichkeiten zu Städtepartnerschaften mit ostdeutschen Kommunen zu erleichtern. Da das *Allied Travel Board* als Argument nicht mehr vorzuschützen war, mußte sich der *Quai d'Orsay* mit dem Hinweis begnügen, daß er von Städtepartnerschaften mit Ländern abriet, die Frankreich offiziell nicht anerkannt habe. Es sah sich in diesem Fall in einer gewissen Zwickmühle, denn wenn sie weiterhin systematisch Visa verweigern würde, erwartete sie eine öffentliche Kampagne der kommunistischen Presse gegen diese Praxis und sah sich als einzig Schuldiger auf der Anklagebank. Für den Fall, daß sie die rigide Auslegung aufgeben sollte, befürchtete sie eine große Anzahl von Veranstaltungen in Frankreich für die Anerkennung der DDR, da der 20. Jahrestag ihrer Gründung vor der Tür stand und die EFA ein großes Festprogramm organisieren wollte. Die französische Seite versuchte jedoch den Eindruck zu vermeiden, daß sie aus der Front der westlichen Staaten ausgeschert sei und die DDR de facto anerkannt habe und beschloß, sich mit den Briten zu konzertieren und das Verhalten der anderen NATO-Staaten zu beobachten.⁵⁸ Für Großbritannien stellte

⁵⁶ Vgl. Pfeil: Frankreich-Politik, S. 554ff.

⁵⁷ Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten, S. 456.

⁵⁸ Note du MAE concernant les jumelages entre des communes françaises et est-allemandes du 11.7.1969; Archives du Ministère des Affaires étrangères, Paris [MAE], EU, RDA 61-70, 195.

sich die Situation jedoch nicht so dringlich dar, weil die DDR auf der Insel nicht über ein mit Frankreich vergleichbares Unterstützungspotential besaß. Das *Foreign Office* konnte es sich deshalb erlauben, eine Reaktion in dieser Frage auf die Zeit nach den Bundestagswahlen 1969 zu verlagern, um dann das Problem im Einklang mit den bundesdeutschen Stellen zu lösen. Die französische Regierung schloß sich im August 1969 dieser Haltung an und legte vorerst die Anfragen aus französischen Städten auf Eis.⁵⁹ Einen Monat später entschloß sie sich jedoch zu einer Konsultation mit Bundesaußenminister Willy Brandt.⁶⁰ Bei diesem Gespräch am 9. September 1969 hatte sich Brandt gegen einen *cordon sanitaire* gegenüber den Ostdeutschen ausgesprochen. Der SPD-Vorsitzende machte zu diesem Zeitpunkt schon auf unterer Ebene Zugeständnisse, die er nach der Übernahme der Kanzlerschaft auf die Regierungsebene ausdehnte. Er war sich bewußt, daß ein Aufrechterhalten der bisherigen Politik - Milderung der Teilungsfolgen für die Menschen bei gleichzeitiger Nicht-Anerkennung der DDR - für die Verbündeten nicht mehr akzeptabel war, weil sie dieser Politik aus außen- wie innenpolitischen Gründen nicht mehr folgen konnten bzw. wollten.

V. *Fazit*

Obwohl die Große Koalition in dieser Richtung Schritte unternommen hatte, die Existenz der DDR nicht mehr leugnete und sich mit ihrer „Politik der Einbeziehung“ der westlichen *Détente*-Tendenz konzeptionell angepaßt hatte, blieben Fortschritte in der Deutschlandpolitik im operativen Bereich aus. Indem sie sich nicht durchringen konnte, die deutsche Zweistaatlichkeit als Status quo anzuerkennen, beraubte sie sich selber ihrer Handlungsspielräume. Potthoffs Ansicht, daß „die Barrieren und Blockaden im Osten“ einen Durchbruch verhinderten,⁶¹ kann nur bedingt zugestimmt werden. Indem die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ein Tabu blieb und die Große Koalition noch nicht den schmalen Grad gefunden hatte, mit der operative Politik wieder möglich geworden wäre, ohne im Kern

⁵⁹ Note de la Direction Europe centrale pour M. Pagniez (Direction de la Section Europe au MAE) du 14.8.1969; MAE, EU, RDA 61-70, 195.

⁶⁰ Vgl. Note de la Direction Europe centrale pour le Cabinet du Ministre des Affaires étrangères du 5.9.1969 concernant les jumelages entre des communes françaises et est-allemandes; MAE, EU, RDA 61-70, 195.

⁶¹ Potthoff: Im Schatten der Mauer, S. 59.

Substanz preiszugeben, provozierte sie auf östlicher Seite verschärfte Abgrenzung. Die fehlende Legitimation der SED im Innern und die Reformbestrebungen in der CSSR verdeutlichten die Schwachpunkte des Ostens in dieser Phase. Erst die militärische Intervention in Prag und die sogenannte Breschnew-Doktrin, welche die Einschränkung der Souveränität und des Handlungsspielraums der Staaten des Ostblocks fixiert hatte, schuf im sowjetischen Machtbereich das Maß an Konsolidierung, das in den folgenden Jahren eine erneute Öffnung nach Westen erlaubte. Mit dem Abschied von der „Politik der Umgehung“ der Regierung Erhard und der Proklamation der „Politik der Umgehung“ hatten Kiesinger und Brandt zweifellos neue Akzente gesetzt und wichtige Weichen so gestellt, daß die sozialliberale Koalition ab 1969 ihre *Neue Ostpolitik* mit großer Dynamik einleiten konnte. Die in eine Sackgasse geratene „Politik der Einbeziehung“ hatte der Bundesregierung aber auch vor Augen geführt, daß die Anerkennung der DDR nicht mehr zu verhindern war und sich die bundesdeutsche Seite bewegen mußte, um wieder operative Gestaltungsmöglichkeiten zu erlangen. Ihr Scheitern hat jedoch einen Denkprozeß eingeleitet, bei dem auch immer mehr Politikern in der CDU bewußt wurde, daß die Spaltung Europas und damit auch Deutschlands für den Moment akzeptiert werden musste, um sie später zu überwinden.

Es konnte vorerst nur noch darum gehen, eine Anerkennungswelle zugunsten der DDR zu bremsen bzw. zu verhindern und selber wieder die Handlungsführerschaft zu übernehmen, um bei anstehenden internationalen Verhandlungen aus einer gestärkten Position heraus die Gespräche mit der DDR und der Sowjetunion zu führen. Dabei war die Bundesrepublik auf das Wohlwollen und die Unterstützung der französischen Seite angewiesen, was in Paris infolge der westdeutschen Dünnhäutigkeit in bezug auf die deutsche Frage immer wieder beruhigend festgestellt werden konnte. Unüberlegte und vorschnelle Gesten gegenüber der DDR hätten die bundesrepublikanische Ausgangslage geschwächt und die Chancen der SED erhöht, ihre Maximalforderungen durchzusetzen.

De Gaulle war jedoch schlau genug, in dieser Richtung nichts zu unternehmen. Er war selber auf seinen westdeutschen Partner angewiesen, nachdem er sich in Westeuropa mit seiner „Politik des leeren Stuhls“ ins Abseits manövriert hatte. Aus dieser zunehmenden Isolierung konnte er sich einzig mit der Bundesrepublik an seiner Seite heraus bewegen. Gleiches galt für sein Ziel, die Bipolarität in der Welt zu überwinden und die Position (West-) Europas zu stärken. In den späten 60er Jahren wurde es für den aufmerksamen Beobachter immer

deutlicher, daß de Gaulle nicht in der Lage sein würde, die Kluft zwischen seinem weltpolitischen Anspruch und seinen realen Möglichkeiten alleine zu schließen und auf die Mitwirkung seines westdeutschen Partners angewiesen blieb. Obwohl die zweite Hälfte der Präsidentschaft des Generals mehr von Krisen als von Übereinkunft zwischen Bonn und Paris bestimmt war, stellte er kurz vor seinem Rücktritt befriedigt fest, daß sich zwischen beiden Partnern in 30 Jahren nach und nach ein Gefühl der Verbundenheit und eine Interessengemeinschaft herausgebildet hatte, die auf einem expliziten oder stillschweigenden Einverständnis beruhten.⁶²

Die SED setzte bei ihrer Anerkennungspolitik gegenüber Frankreich in erster Linie auf die wiederholt zu Tage tretenden Krisen im *couple franco-allemand* und spekulierte über kurz oder lang auf einen Bruch innerhalb des Paares. Sie wollte die regelmäßig wiederkehrenden Differenzen in der Politik der Bundesrepublik und Frankreichs für sich nutzen und verfolgte eine destruktive Politik. Gebetsmühlenartig wird in internen Papieren immer wieder betont, daß der Elysée-Vertrag nicht die Erwartungen de Gaulles erfüllt habe und Europa nicht unter der Führung Frankreichs zu einer dritten Kraft in der Welt aufgestiegen sei.⁶³ In der SED-Führung bestand die Hoffnung, die Enttäuschung des französischen Staatschefs für ihre eigene internationale Anerkennung nutzen zu können. Durch die beachtliche Anzahl von Parlamentarierreisen aus Frankreich und deren zumeist positiven Reaktionen auf den Aufenthalt in der DDR sah sich die SED in dieser Politik bestätigt. Dabei verkannte sie jedoch insbesondere die Ursache für die lobenden Aussagen gaullistischer Politiker, für die die Existenz des ostdeutschen Staates nur deshalb eine positive Tatsache darstellte, weil er zum einen ein starkes Gesamtdeutschland verhinderte und zum anderen die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik an Frankreich band, die bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Interessen mittlerweile in hohem Maße aufeinander angewiesen waren. Die verschiedenen wohlwollenden Reaktionen der französischen Seite gegenüber dem SED-Staat müssen deshalb stets als Mittel verstanden werden, um die Ambitionen der wirtschaftlich und politisch aufstrebenden Bundesrepublik zu zügeln bzw. an die französischen Interessen zu binden. So erklärt es sich auch, daß Paris gegenüber der

⁶² Vgl. Vaisse: *La grandeur*, S. 591s.

⁶³ Vgl. Brief von Hermann Axen an Erich Honecker vom 15.6.1970 zur Konzeption für das vertrauliche Gespräch mit Außenminister Schumann; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/095, Bl. 1-12.

DDR immer dann kompromißlos wurde, wenn andere Politikfelder die westdeutsch-französischen Beziehungen belasteten. Als die Gegensätze zwischen beiden Ländern in bezug auf die EWG-Erweiterung (Beitritt Großbritanniens) aufeinander prallten, wollte Paris die Probleme nicht auch noch durch eine Aufwertung der DDR verschärfen. Äußeres Anzeichen dafür war, daß die französische Regierung wieder rigider die Ausstellung von DDR-Symbolen auf Messen und in Fragen der Bezeichnung der DDR-Vertretung in Paris vorging.⁶⁴ Die SED überschätzte in dieser Mächtekonstellation immer wieder den außen- und deutschlandpolitischen Handlungsspielraum de Gaulles und unterschätzte auf der anderen Seite die Kompromißfähigkeit der westlichen Länder untereinander.

Wesentlich realistischer beurteilte der niederländische Ministerpräsident Piet de Jong die Handlungsspielräume des französischen Staatschefs in bezug auf die Bundesrepublik und die DDR zu einem Zeitpunkt, als die Beziehungen zwischen Bonn und Paris wegen der französischen Europapolitik eine neue Krise durchliefen:

„Er [de Jong; U.P.] frage sich, ob es für die deutsche Politik nicht möglich wäre, sich ein wenig von Frankreich zu lösen und die Bindungen mit den Fünf etwas zu stärken. De Gaulle sei ein Realist, der sich neuen Tatsachen anzupassen verstehe, wenn sie unausweichlich geworden seien. Ob eine solche Politik, wie er sie angedeutet habe, gegenüber Frankreich Ergebnisse zeitige oder nicht, er halte ein engeres deutsches Zusammengehen mit den Fünf für erforderlich. Wenn de Gaulle als Reaktion auf diese Politik mit dem Gedanken einer Anerkennung der DDR spielen würde, machte er sich vor den Augen der Welt nur lächerlich.“⁶⁵

⁶⁴ Vgl. Jahresanalyse 1967 der Vertretung der Kammer für Außenhandel der DDR in Frankreich vom 15.1.1968; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), Bestand MfAA, C 362/73.

⁶⁵ Deutsch-niederländische Regierungsbesprechung vom 19.9.1968, in: AAPD 1968II, Nr. 306, S. 1183.

Autoren

- Andreas Malycha Dr. phil., Autor zahlreicher
Arbeiten zur Parteien- und
Wissenschafts-geschichte
- Anjana Buckow Dr. des., Promotion „Zwischen
Propaganda und Realpolitik“. Die
USA und der sowjetisch besetzte
Teil Deutschlands (SBZ/DDR)
von 1945-1955. Juli 2001
- Ulrich Pfeil Dr. phil., Institut d'Allemand
d'Asnières (Université de Paris III-
Sorbonne nouvelle
- Herbert Prieuw Dr. agrar., Ministerialdirigent a.D.
- Hans-Dieter Nover Geschäftsführer der Kreishand-
werkerschaft Harzland-Staßfurt

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 6 / 1999

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander Sperk.
Im Gespräch: Santiago Carrillo

Heft 7 / 2000

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Robert Grünbaum, Inga Grebe und Matthias Uhl.

Heft 8 / 2000 (Sonderheft)

Sonderheft mit studentischen Beiträgen zum Thema Holocaust.

Heft 9 / 2001

Mit Beiträgen von Victor Artemov, Manfred Müller, Daniel Bohse und Carel Horstmeier

Heft 10 / 2001

Mit Beiträgen von Jan Gerber, Christina Schröder, Jana Wüstenhagen/Karsten Rudolph und Georg Wagner-Kyora

ISSN 1433-7886